



BERGSTRASSE

PRESSEMITTEILUNG 02/2014

„Es ist höchste Zeit für erhöhte Wachsamkeit“

Kreis Bergstraße. „Hier steht keine historische Gedenkübung auf dem Programm, ein Ritual der gelungenen reuigen Aufarbeitung von vergangenem Unrecht. Es geht letztlich um den Auftrag, den wir aus Auschwitz, Buchenwald, Treblinka, Sobibor, Majdanek und all den Orten der Nazibarbarei erhalten haben: Dafür Sorge zu tragen, dass sich so etwas nie wiederholen möge.“ Tony Schwarz vom Vorsitzendenteam der Bergsträsser Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) machte in seiner Rede bei der von der Bildungsgewerkschaft organisierten Veranstaltung anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus am Stolperstein-Mahnmal in Bensheim deutlich, dass es notwendig ist, bei diesem Thema stets einen Blick auf die Gegenwart zu werfen.

Zahlreiche weitere Vertreter von Vereinen, Kirchen und Politik sowie etliche Bürger aus dem gesamten Kreisgebiet nahmen an der Veranstaltung teil, um auf diese Weise deutlich zu machen, dass sie nicht gewillt sind, dem rechten Rand einen Freiraum zu lassen.

Schwarz verdeutlichte anhand zweier Beispiele die Notwendigkeit, das rechte Spektrum einer genauen Beobachtung zu unterziehen. Er berichtete von einem jungen Paar in Hoyerswerda, das lediglich in einer Art stummem Protest rechtsextreme Propagandaaufkleber entfernte, wie sie auch hier in der Region allenthalben auf Verkehrsschildern oder Bushaltestellen zu finden sind. Kurz darauf versuchte ein Neonazi-Mob, in die Wohnung des Paares einzudringen, während zusätzlich noch Vergewaltigungs- und Morddrohungen ausgesprochen wurden. Die herbeigerufene Polizei unterhielt sich lieber mit den Rechtsextremen, anstatt dem Spuk ein schnelles Ende zu bereiten. Die Personalien der Täter wurden nicht aufgenommen.

Anstatt für entsprechenden Opferschutz zu sorgen, wurde das Paar zunächst für vier Monate aus der Region weggebracht. „Es ist einfacher, zwei Leute wegzubringen, als 30 Leute zu bewachen“, lautete ein Kommentar der Polizei. In die Wohnung kehrten die beiden nie mehr zurück. Ein Antrag auf besseren Opferschutz bei rechtsextremistischen Gewalttaten wurde im sächsischen Landtag mit den Stimmen der schwarz-gelben Regierungskoalition und der NPD abgelehnt.

Doch ist das Ganze kein ausschließliches Problem der neuen Bundesländer, wie Schwarz an einem Beispiel eines jungen Mannes aufzeigte, der am S-Bahnhof Frankfurt-Griesheim von einem Neonazipärchen zusammengeschlagen wurde, als er sie beim Verteilen von Nazi-Stickern zur Rede stellte. Trotz Brüchen des Nasenbeins, einer Rippe und eines Lendenwirbels hatte die Justiz kein Interesse daran, den Fall weiter zu verfolgen - wie in zahlreichen Ermittlungsfällen gegen die beiden zuvor.

Schwarz betonte, dass gewiss 2014 nicht mit 1932 vergleichbar sei, aber staatliches Desinteresse gegenüber dem rechten Rand, staatliches Versagen bei der Verfolgung rechten Terrors, ökonomische Unsicherheiten, das Schüren eines gruppenbezogenen Hasses, eine auf dem rechten Auge blinde Justiz und rechtsextreme Positionen, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinwirken, seien ein deutliches Alarmsignal. „Wir kommen nicht mehr umhin, hier Parallelen zu ziehen und es steht zu befürchten, dass es sich schon lang nicht mehr um Anfänge handelt, denen man sich zu erwehren hätte“, so der GEW-Funktionär.

Horst Raupp, Regionssekretär des DGB Südhessen, erinnerte an die enge Verzahnung der Nationalsozialisten mit dem Großkapital. Interessant sei in diesem Zusammenhang, den Blick auf den ehemaligen Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, zu werfen, der in der Europawahl für die „Alternative für Deutschland“ antritt. „Henkel, der heute bei der rechtspopulistischen AfD den Ton angibt, war sozialpolitisch schon immer ein Rechtsradikaler“, sagte Raupp hinsichtlich Henkels Aufruf „Tarifverträge und das Betriebsverfassungsgesetz zu verbrennen“.

Mit Horrorszenarien bezüglich der Zuwanderung werde zudem Stimmung gegen Migranten

gemacht. Dem müsse entschieden entgegengetreten werden. „Wenn inzwischen wieder Asylbewerberheime brennen, ist es höchste Zeit für erhöhte Wachsamkeit. Für braune Volksverhetzer mit ihren dumpfen, reaktionären, rassistischen und antisemitischen Parolen ist kein Platz - weder an der Bergstraße noch anderswo“, stellte Raupp klar.

Selbiges betonte auch Peter Kalb von der Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger. Er unterstrich zudem die Notwendigkeit, das Thema mit jungen Menschen im schulischen Kontext aufzuarbeiten und erinnerte an die zahlreichen Möglichkeiten, die diesbezüglich Gedenkstätten und weitere außerschulische Lernorte bieten.

Kurt Zettersten von der Anti-Nazi-Koordination (ANK) Bergstraße wies darauf hin, dass im Kampf gegen Rechts die dauerhafte Aktivität gefordert sei, denn ein einmaliges Gedenken pro Jahr reiche allein nicht aus. Bedenklich sei es, wenn noch immer Menschen aus der Zivilgesellschaft ausgeschlossen würden, was durch entsprechende Parolen aus dem Lager von NPD, AfD und sogar der CSU befeuert werde.